

Mittwoch, 4. Juni 1930 - 78. Jahrgang Nr. 260

Berliner

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 5 Pfennig

Volks-Zeitung

Der Kampf um die Sanierung Zepp nähert sich den Azoren

Der neue schwedische
Ministerpräsident



Ekman,
der Führer der Freisinnigen

Die Tankstellen
passen in die Landschaft



Auf den englischen Landstrassen hat man die „Sachlichkeit“
der Tankstellen unter romantischen Strohdächern versteckt

Freiherr
von Richthofen



Der neue deutsche Gesandte
in Kopenhagen

Festspiele in Wien



Eine Szene aus dem Ballett „Wein, Weib, Gesang“, das auf dem Rathausplatze
aufgeführt wurde

Tilden in Berlin



Der amerikanische Meisterpieler
beim Training

Der Kampf um die Sanierung

Die parlamentarische Aktion des Kabinetts Brüning / Ausserparlamentarische Versuche der „Wirtschaft“ vertagt

Von dem etwa eine Dreiviertel Milliarde betragenden neuen Etatsdefizit würde durch den gestrigen Beschluss des Reichskabinetts zur Arbeitslosenfrage, in dem Steigerungsvorschläge zur Arbeitslosenreform gebilligt wurden, etwa 350 Millionen Mark, also knapp die Hälfte gedeckt werden. Ueber das Ausgabenprogramm, mit dem man von der Ausgabenseite her das Loch zustoßen will, ist noch kein Beschluss gefasst worden. Auch über die sonstige Deckung des Defizits, insbesondere über das geplante Notopfer der Festbesoldeten, ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen.

Die Nachricht, dass sich Reichspräsident von Hindenburg in einem öffentlichen Appell für eine Senkung der Preise und Löhne einsetzen werde, hat sich als unbegründet herausgestellt. Man weiss aus der Kriegs- und Inflationszeit her, dass Aufrufe zu Preissenkungen wertlos bleiben. Sie würden in dieser Zeit be-

sonders schlecht am Platze sein, soweit sie sich an private Adressen richten, solange nicht auch öffentlich-rechtliche Tarife, Gebühren usw. herabgesetzt werden. Wir haben aber noch vor kurzem von dem Beschluss, gewisse Reichsbahn Tarife zu erhöhen, Kenntnis gegeben und mussten heute morgen noch mitteilen, dass gewisse Kreise des Berliner Magistrats mit dem Gedanken einer weiteren Verteuerung des Berliner Verkehrs spielen.

Es besteht unsoweniger Anlass, von höherer Amtsstelle in die höchst komplizierte wirtschaftliche Maschine einzugreifen, als die an der Wirtschaft beteiligten Kreise, Unternehmer und Arbeitnehmer, ihrerseits den Versuch unternommen haben, die Ankerbelagerung der Wirtschaft dadurch herbeizuführen, dass man sie aus der starren Bindung der Preise und der Produktionskosten befreit, was nur dadurch zu erreichen ist, dass die einer Senkung der Preise entgegenstehende Kartellierung aufgelockert wird, was zu einer Erhöhung des Real-

lohns führen könnte, so dass damit auch das Problem von der Seite der Tariflöhne her in Angriff genommen wäre. Dieser Versuch einsichtiger Wirtschaftler, mit den Gewerkschaften Massnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise zu vereinbaren, wurde auf der gestrigen Tagung der industriellen Verbände in Berlin erörtert, er stiess aber, wie vom „Sozialdemokratischen Pressedienst“ mitgeteilt wird, anscheinend beim radikalen schwerindustriellen Flügel auf Widerstand. Hier glaubt man auf Ganze gehen und die Gewerkschaften auf die Knie zwingen zu können. Eine Entscheidung ist auch bei diesen von Wirtschaftseite unternommenen Bemühungen, Etat und Wirtschaft zu sanieren, nicht gefallen. Vielmehr sind die Industrieverbände bis nach Pfingsten vertagt worden.

In erster Linie ist die Regierung Brüning dazu berufen. Sie wird sich in kürze darüber klar werden müssen, wie sie die Reichsfinanzen in Ordnung bringt, ohne die Wirtschaftskrise zu verschlimmern.

Groener gegen Künstler

oder: Der Umgang mit Kritikern

Wie der „Vorwärts“ in seiner heutigen Morgenausgabe mitteilt, ist dem Reichstagsabgeordneten Franz Künstler unter dem 2. Juni folgendes Schreiben des Reichswehrministeriums zugegangen:

„Anliegend wird Ihnen ein Schreiben zurückgeschickt, welches Sie gelegentlich der Reichstagsverhandlungen dem Generalmajor von Schleicher zur Nachprüfung ausghändig hatten. Auf Anordnung des Herrn Reichswehrministers wird Ihnen auf irgendwelche mündlichen oder schriftlichen Anfragen keine Antwort erteilt werden.

Selbstverständlich wird trotzdem die sachliche Bearbeitung der Angelegenheit sofort in Angriff genommen.“

Das sozialdemokratische Zentralorgan bemerkt zu diesem mehr als merkwürdigen Briefe:

„Herr Groener kann sich wohl keinen Augenblick darüber im Zweifel befinden haben, dass er mit seiner Anordnung gegen den Gen. Künstler zugleich auch die Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion abgebrochen hat. Die Erregung des Ministers ist darauf zurückzuführen, dass Künstler jüngst in einer Reichstagsrede an den Beziehungen der Reichswehr zur sowjetrussischen Armee Kritik geübt hat. Selbstverständlich wird sich weder der Gen. Künstler noch sonst ein Sozialdemokrat durch Äusserungen des Ministeriums Unwillens in seinem Recht auf Kritik beschränken lassen. Auch wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht zu lassen, dass das Reichswehrministerium darüber entscheidet, welchen ihrer Mitglieder es auf ihre Anfragen Antwort erteilen will und welchen nicht. Die Einstellung der Abgeordneten in solche, denen man antwortet, und denen man nicht antwortet, ist eine Ueberheblichkeit, die andere den Geist der Verfassung verstösst und gegen die sich zu wehren der Reichstag alle Veranlassung hat.“

Herr Groener hat sich also mit der ganzen Sozialdemokratie verprellt, indem er Herrn Künstler in den Boykott erklären wollte. Hätte er sich das nicht vorher sagen müssen, dass eine grosse Partei nicht einen ihrer Vertreter fallen lassen kann, dessen Nase dem hohen Wehrministerium nicht gefällt.

Münchmeyers Justizglück

Wieder nur zu Geldstrafe verurteilt

FLensburg, 4. Juni. (W. T. E.)

Die Grosse Strafkammer, die sich als zweite Instanz mit einer Anklage gegen den früheren Pfarrer von Borkum, Münchmeyer, zu beschäftigen hatte, verurteilte Münchmeyer an Stelle einer an sich wirksamen Gefängnisstrafe von drei Wochen zu 400 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten, dem vorgeworfen wurde, im Oktober 1928 bei einem Propagandabend in Flensburg gegen das Republikstutzgesetz verstossen zu haben, freigesprochen, wogegen der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte.

Solange die Gerichte Volksverhetzer wie Münchmeyer nur zu Geldstrafen verurteilen, werden statt ihrer die Verhetzer in Gefängnis gehen müssen. Erst wenn die rechtsradikalen Agitatoren wüssten, dass sie als die intellektuellen Urheber der Exzesse und Bluttaten der von ihnen Verführten von den Gerichten erbarmungslos zur Verantwortung gezogen werden, würden sie bremsend auf das Gesindel einwirken, das sie in ihre Reihen eingestellt haben.

Frick verhaftet

Aber nicht der thüringische — Ein Reparationskandal

BRÜSSEL, 4. Juni.

Die Brüsseler Polizei hat den Direktor im Finanzministerium Frick sowie seine Frau gestern verhaftet unter dem Verdacht, von deutschen Firmen bestochen worden zu sein.

Frick hatte den belgischen Reparationsfonds unter sich, in erster Linie die Kontrolle der deutschen Farbstofflieferungen. Die Vergehen, die man ihm vorwirft, gehen auf die Jahre 1928 bis 1929 zurück. Seiner von ihm geschiedenen Frau wird der Vorwurf der Hehlerei gemacht. Nach der Zeitung „Libre Belgique“ sind für 20 Millionen Francs Farben auf Reparationslieferungen den deutschen Firmen wieder zum Preise von 5 Millionen Francs zurückverkauft worden. Die belgischen Vertreter der Lieferungen waren die Vertreter der deutschen Firma in Belgien.

Grandi macht ein Angebot

Die vorsichtigere Tonart — Verschiebung der Flottenneubauten?

ROM, 4. Juni.

Im Senat wurde die Debatte über den Haushalt des Ministeriums des Auswärtigen beendet. Außenminister Grandi hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er besonders auf die zwei Punkte, Abrüstung und Völkerbund, einging. Er befeiligte sich dabei eines wesentlich versöhnlicheren Tones als Mussolini. Die Parität mit der am stärksten bewaffneten Kontinentalmacht sei ein natürliches Recht Italiens. Das Flottenprogramm der italienischen Regierung für das gegenwärtige Jahr begrenze sich darauf, sowohl bei der Kielliegung von Neubauten, sei es in der Gesamtheit der Tonnage, dem französischen Programm zu folgen und die seit sieben Jahren von Italien beobachtete Parität zu wahren. Die Formel Mussolinis besteht aus zwei Punkten: Parität und Herabsetzung. Die italienische Regierung ist deswegen bereit, für die Zeit der Verhandlungen über die Fragen, die in London nicht gelöst worden sind, das Neubauprogramm für das Jahr 1930 auf später zu verschieben, wenn die französische Regierung das gleiche tut.

Aus der Zusammensetzung und der gegenwärtigen Lage beider Flotten geht hervor, dass eine derartige Massnahme für die italienische Marine eine grössere Tragweite haben würde, als für die französische.

Weiter beschäftigte sich Grandi mit den Arbeiten des Völkerbundes. Was die Formel „Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung“ betreffe, so dürfe die Sicherheit nicht als ein „Mittel“ bezeichnet werden, sondern als der „Zweck“, der durch die Abrüstung zu erreichen sei. Die logische Folge sei: Abrüstung, Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit. Der Minister äusserte seine

Bedenen gegenüber denjenigen, die, indem sie aus dem Völkerbund einen übermächtigen, starren Organismus wachen wollten, die Befürchtung aufkommen liessen, dass in Genf ein Kriegsinstrument statt eines Instruments des Weltfriedens entstehen könne.

Die Rede Grandis hat in Paris stark interessiert. Es wird zugegeben, dass sie weniger aggressiv gewesen ist, als die Ansprachen Mussolinis. Aber mit dem Inhalt sind die Franzosen wenig einverstanden. Perlinx meint, wenn Grandi die italienische These „Abrüstung, Schiedsgericht, Sicherheit“ verteidigt, dann

nähere er sich dem deutschen Standpunkt, der aus anderen Gründen auch der Standpunkt Englands und Amerikas sei, aber er widersprecher der französischen Auffassung, welche die Frage der Sicherheit vor der Abrüstung entscheiden will.

Ueber die Grenze gelockt

GENF, 4. Juni.

Wie der „Basler Nationalzeitung“ gemeldet wird, wurde in Chasso ein Tessiner namens Galli, der in einem Café auf einen Bekannten wartete, von einem italienischen Grenzwärter mit der Angabe, man wünsche ihn auf der italienischen Grenzlinie zu sprechen, über die Grenze gelockt, verhaftet und nach Como ins Gefängnis gebracht. Der Grund der Verhaftung des schweizerischen Staatsangehörigen ist nicht bekannt.

Volle Gleichberechtigung!

Nur dann europäische Zusammenarbeit — Breitscheid über Briands Europa-Plan

GENF, 4. Juni.

Bei der Tagung des nationalen Komitees für europäische Zusammenarbeit sprach u. a. der deutsche Reichstagsabgeordnete Breitscheid, der sich in bemerkenswerten Ausführungen mit Briands Denkschrift befasste.

Er gab der grundsätzlichen Befriedigung über Briands Schritt Ausdruck. Bei aller grundsätzlichen Zustimmung könne man jedoch auf deutscher Seite durchaus nicht mit allen Einzelheiten des Planes einverstanden sein. Auf keinen Fall dürften die von Briand vorgeschlagenen Einrichtungen im Widerspruch zu denjenigen des Völkerbundes stehen. Die europäische Vereinigung müsse ein dienendes Glied des Völkerbundes sein. Wenn Briand in seiner Denkschrift das Festhalten an der unbedingten Souveränität der Staaten betone, so sei dieser Gedanke ein Rückfall in eine überwundene Periode.

Der Begriff der unbedingten Souveränität sei heute unmöglich geworden.

Jeder Staat, der einen Vertrag schliesse oder einem Abkommen beitrete, gebe seine Souveränität zum Teil auf. Wenn man bei

der Ausführung des Briandschen Planes am unbedingt Souveränitätsbegriff festhalten wolle, werde es für Deutschland schwer sein, an einer solchen Gemeinschaft teilzunehmen. Denn Deutschland besitze seine volle Souveränität nicht mehr; es habe die Verpflichtung der Abrüstung und der Errichtung internationalisierter Zonen übernommen.

An die Stelle der Souveränität müsse das Prinzip der vollen Gleichberechtigung aller der europäischen Union angehörigen Staaten treten.

Diese Gleichberechtigung existiere nicht, solange einem Staat Verpflichtungen auferlegt seien, die die anderen Staaten nicht übernehmen hätten. Wenn Deutschland sich an der Union beteilige, werde es mit allem Nachdruck volle Gleichberechtigung verlangen müssen.

Ein europäischer Vertrag müsse auch die Revisionsmöglichkeit aller in Europa geschlossenen Verträge enthalten.

Der Redner schloss mit dem Ausdruck der grundsätzlichen Bereitschaft Deutschlands, an der europäischen Zusammenarbeit mitzuwirken.

Das Pfingsttreffen der Rotsportler

Öffentliche Sicherheit gewährleistet

ERFURT, 4. Juni. (W. T. E.)

Der Polizeipräsident erklärt, die Polizei habe alle Vorbereitungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit während des in Erfurt geplanten Pfingsttreffens der Rotsportler getroffen und sei für alle Eventualitäten gerüstet. Für die Bürgerschaft bestehe deshalb kein Anlass zur Beunruhigung. Man rechne damit, dass sich etwa 10 000 bis 15 000 Personen an der Kundgebung der Rotsportler beteiligen werden.

Die Sportveranstaltungen würden auch in Fricks Exherzogtum Thüringen ruhig verlaufen, wenn die Nazis sich ruhig halten. Hat Frick aber seine Garde so wenig in der Hand, dass er mit einem Verbot die Sportfestlichkeiten abwürgen müsste? Die Sportler in Erfurt werden ihm hoffentlich den Beweis liefern, dass sein Verbot in Thüringen zu unrecht erfolgt ist und lediglich ein Missbrauch seiner Macht war.

Doch ein Attentat

PARIS, 4. Juni.

Die Untersuchung der Ursache für die Eisenbahnkatastrophe von Montreaux hat ergeben, dass aller Wahrscheinlichkeit nach ein Attentat vorliegt. Die Befestigung eines Arbeitsweges auf den Schienen kann nicht anders erklärt werden. Als verdächtige werden italienische Arbeiter bezeichnet, die am Tage nach dem Unglück aus der Gegend verschwunden sind. Auch der Name eines französischen Beamten wird im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit genannt, doch ist diese Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Die Eisenbahngesellschaft hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung ausgesetzt.

Der Adlerschild für Schmidt-Ott. Der Reichspräsident hat dem Präsidenten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Ott, anlässlich seines 70. Geburtstages den Adlerschild des Reiches verliehen.

Von der K. P. D. in die S. P. D. Die frühere kommunistische bayerische Landtagsabgeordnete Frau Rosa Aschenbrenner, die seit ihrem Austritt aus der K. P. D. als „Wilde“ dem bayerischen Landtag angehört, ist in die sozialdemokratische Landtagsfraktion aufgenommen worden.

